



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport schriftlich und mündlich über den Stand der Einsatzkonzepte der Rettungskräfte bei Großschadensereignissen wie Terroranschlägen oder Amokläufen in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Inwieweit bedürfen bestehende Konzepte für besondere Schadenslagen der Überarbeitung, insbesondere auf Grund der situationsbedingten Bedrohungen für die Retter bei Terror- und Amokeinsätzen (z.B. Zweitschläge) sowie mit Blick auf die bei solchen Gefahrenlagen auftretenden speziellen Verletzungsmuster (Schusswunden, Explosionsverletzungen, etc.)?
- Welchen Stand hat die Aktualisierung bestehender bzw. die Erarbeitung neuer Einsatzkonzepte der Rettungskräfte?
- Wie gewährleistet die Staatsregierung, dass gemeinsame Übungen zwischen Rettungskräften und Polizei bedarfsgerecht und flächendeckend durchgeführt werden können?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und den Rettungsorganisationen während besonderer Schadenslagen wie dem Amoklauf am Münchener Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) und dem Selbstmordanschlag in Ansbach im Juli 2016?
- Wie beurteilt die Staatsregierung den Stand der Ausrüstung der Rettungskräfte, insbesondere angesichts der besonderen Bedarfe im Falle von Großschadenslagen wie Terror- oder Amokeinsätzen?

- Welchen Beitrag leistet der Freistaat zur Unterstützung des von allen Rettungsorganisationen getragenen Ausbildungszentrums für den Bevölkerungsschutz und liegt bereits ein detailliertes Konzept für dieses Ausbildungszentrum vor?

### Begründung:

Die Großschadensereignisse der letzten Zeit, wie der Amoklauf am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München am 22. Juli 2016 und der Selbstmordanschlag in Ansbach vom 24. Juli 2016, haben gezeigt, dass die Einsatzkonzepte für die Rettungskräfte in Bayern überprüft und angepasst werden müssen. Presseberichten zufolge hatten die Sicherheitskräfte in München und Ansbach nicht die ihnen vorliegenden Informationen zur Lage vor Ort den Rettungskräften mitgeteilt, was aber für die Vorbereitung und Durchführung der Rettungseinsätze wichtig gewesen wäre. Beispielsweise erfolgte in Ansbach die Notfallversorgung der Verletzten an Ort und Stelle, unmittelbar neben dem nur zum Teil explodierten Sprengsatz (Süddeutsche Zeitung, 10.November.2016, Besondere Lagen, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/sicherheit-besondere-lagen-1.3242680!amp>).

Eine Lehre dieser Ereignisse ist, dass besondere Schadenslagen wie Terror- und Amokeinsätze eine besondere konzeptionelle Vorbereitung der Rettungskräfte in Verbindung mit der Polizei erfordern. Die bestehenden Einsatzkonzepte müssen entsprechend aktualisiert werden. Dabei sind auch Erkenntnisse und Erfahrungen der Sicherheitsbehörden anderer Staaten zu berücksichtigen. Die Helfer müssen entsprechend geschult werden. Die Ausrüstung der Retterinnen und Retter ist anzupassen an die besonderen Verletzungsbilder und die Gefahren solcher Einsätze. In die Einsatzkonzepte muss mit einfließen, dass bei solchen Einsätzen typischerweise auch mit Gewalt gegen die Einsatzkräfte am Tatort zu rechnen ist.

Die Rettungsorganisationen brauchen dazu die Unterstützung des Freistaates. Das betrifft in erster Linie die Aktualisierung der Einsatzkonzepte, deren Übung und Umsetzung, sowie den Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden. Gerade im Falle von Großlagen muss auf gut vorbereitete und ausgerüstete Rettungskräfte Verlass sein. Das gilt nicht zuletzt auch, um die Rettungskräfte bei ihrem lebenswichtigen Einsatz entsprechend zu schützen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport verlangt daher umfangreiche Informationen über den Stand der Einsatzkonzepte der Rettungskräfte und die Bemühungen der Staatsregierung erhalten.